

### Die Bürgermeisterin

Offentliche
Beschlussvorlage
029/2025

Dezernat II, gez. P. Hänsel

Federführung:	Datum:		
60 - Planung, Bauordnung, Verkehr	04.02.2025		
Produkt:			
Beratungsfolge:	Sitzungsdatum:		
Rat der Stadt Coesfeld	12.02.2025	Entscheidung	

# Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Vereinfachung, Effizienzsteigerung und Modernisierung bei der Erstellung von Bebauungsplänen

## Beschlussvorschlag:

"Die Verwaltung möge prüfen, mit welchen Methoden eine effizientere Erstellung der Bebauungspläne sowie schlankere Entscheidungsprozesse ermöglicht werden können. In die Prüfung sollen folgende Aspekte einbezogen werden:

- 1. Reduzierung von Festsetzungen: Es soll geprüft werden, in wieweit die Festsetzungen im Bebauungsplan reduziert werden können. (§ 9 Abs. 6 BauGB)
- 2. Module für Querschnittsthemen: Es soll geprüft werden, in wieweit Themenbereiche wie Klimaschutz und Klimaanpassung, Wassermanagement und Baukultur als Module in die Planung integriert werden können.
- 3. Digitalisierung: Die Vertiefung der Digitalisierung im Planungsprozess durch den Einsatz von GIS-Systemen und Künstlicher Intelligenz (z. B. ArcGIS Urban) soll geprüft werden.
- 4. Standardisierte Datenmodelle: Die Festsetzungen des Bebauungsplans in einem einheitlichen, standardisierten Datenmodell (z. B. XPlanung) soll geprüft werden.

Das Ergebnis soll dem Ausschuss Planen und Bauen zur nächsten Sitzung vorgestellt werden."

### Beschlussvorschlag (Alternativer Vorschlag der Verwaltung):

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird zur Vorberatung an den Ausschuss für Planen und Bauen verwiesen.

#### Sachverhalt:

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellte mit Datum vom 28.01.2025 den Antrag, welcher gemäß § 3 Abs. 1 Satz 2 der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Coesfeld. vorgelegt wird und als Anlage beigefügt ist.

#### Begründung:

Die Komplexität der Bauleitplanung und der damit verbundenen Verfahren stellt eine große Herausforderung für die Stadtentwicklung dar. Angesichts der begrenzten personellen Ressourcen ist absehbar, dass der Aufwand für die Erstellung der erforderlichen Bebauungspläne auf Dauer nicht bewältigt werden kann.

Die aktuell beschlossenen Veränderungssperren sind ein Indikator dafür, dass der Aufwand bereits jetzt kaum noch zu bewältigen ist.

Der Leitfaden "Beschleunigter Wohnungsbau - Effizienz bei der Baulandgewinnung und in Planverfahren" des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Baden-Württemberg zeigt auf, wie durch optimierte Planverfahren und den Einsatz moderner Instrumente die Effizienz in der Bauleitplanung gesteigert werden kann.

Auch kleinere Gemeinden haben mit ähnlichen Ansätzen positive Erfahrungen gemacht. So hat die Gemeinde Nottuln ihre städtebauliche Entwicklung durch eine effizientere Bauleitplanung vorangetrieben.

Ziel dieser Maßnahmen ist es, die Effizienz der Planungsverfahren zu steigern und die Agilität der Siedlungsentwicklung zu erhöhen, um dem aktuellen Wohnraumbedarf gerecht zu werden.

### Stellungnahme der Verwaltung:

#### Punkt 1:

Die Verwaltung wird in diesem Jahr im Rahmen der Erarbeitung des "Leitfadens klimagerechte Bauleitplanung" in einen fachlichen Austausch mit der Politik gehen. Die Einladung zum Arbeitskreis wird im 2. Quartal 2025 angestrebt. In diesem kann ebenso über die quantitativen Festsetzungen in Bebauungsplänen gesprochen werden.

#### Punkt 2:

Hierbei wird ebenfalls auf den kommenden Arbeitskreis zum "Leitfaden klimagerechte Bauleitplanung" verwiesen, in dem sowohl auf alle vier angesprochenen Themengebiete Bezug genommen werden kann als auch die Art und Weise des Vorgehens.

#### Punkt 3:

Die Verwaltung setzt seit Jahren GIS ein. Es ist richtig, das Thema KI noch weiter zu vertiefen, hier sind aber auch Datenschutzbelange mit zu berücksichtigen.

#### Punkt 4:

Die Erarbeitung eines möglichst homogenen Festsetzungskanon für alle Bebauungspläne und Ing.-Büros ist für dieses Jahr vorgesehen. Damit Geodaten von Verwaltungen und Politik auch über Grenzen hinweg einheitlich nutzbar und zugänglich sind, sind Kommunen aufgrund der sogenannten Inspire-Richtlinie der EU gesetzlich dazu verpflichtet, Bauleitpläne im XPlan-Format bereitzustellen. Standard ist dabei die XPlanung, welche von der Stadtverwaltung Coesfeld bereits eingesetzt wird.

Die Punkte 1 bis 3 erfordern einen Arbeits- und Prüfaufwand, der bis zur nächsten Ausschusssitzung nicht in der erforderlichen Qualität abgeschlossen werden kann. Daher legt die Verwaltung einen alternativen Beschlussvorschlag vor.

#### Klimarelevanz:

Auch die Stadt Coesfeld hat die Verantwortung, die Potenziale für das Klimaneutralitätsziel 2045 für Deutschland auszuschöpfen. Der Klimacheck prüft, ob die in der Politik behandelten Themen und Entscheidungen klimarelevant sind und wie sie qualitativ einzuordnen sind. Ziele hierbei sind

 die Sensibilisierung für Klimaschutz und die Prüfung von Alternativen innerhalb der Verwaltung,

- Transparenz über Auswirkungen verschiedener Vorhaben sowie
- die Entscheidungshilfe für die Abwägung in politischen Gremien.

Nicht immer ist die klimafreundlichste Variante umsetzbar, die Abwägung geschieht letztendlich immer unter Berücksichtigung aller Faktoren.

	Negativ		Positiv		Keine	x	Keine Angabe möglich				
	Immer auszufüllen: Erläuterung Klimaauswirkungen: Was sind die Auswirkungen auf das Klima, warum gibt es keine oder warum ist keine Angabe möglich?										
Durch die Vereinfachung von Planungsverfahren kann es auf der einen Seite zur Beschleunigung des Verfahrens kommen, welches insgesamt einen positiven Einfluss auf den Energieverbrauch zeitigt, auf der anderen Seite könnten Festsetzungen wegfallen, die bisher positiv auf die Beurteilung eines Vorhabens eingezahlt haben.											
	Bei negativen Auswirkungen auszufüllen: Betrachtung von Alternativen/Optimierungs- optionen: Was wären denkbare Anpassungen in Richtung Klimaneutralität? Wie können die Auswirkungen vermindert werden? Wie könnte die Klimaanpassung gestärkt werden? Warum wurde sich gegen Optimierungsoptionen entschieden, wenn diese im Planungsprozess bereits betrachtet wurden?										

# Anlagen:

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN